

Die Linke Bezirksverband Berlin-Mitte

10. Hauptversammlung, 1. Tagung, 16.11.2024

#### **Antrag 4**

##### **Antrag: Solidarität mit dem Service- und Hilfspersonal des Jüdischen Krankenhauses - Gegen Outsourcing und Kündigungen im Jüdischen Krankenhaus**

Antragssteller\*innen: BO 044 (Gesundbrunnen), BO 024 (L.E.O.), BO 333 (Tiergarten), Bezirksvorstand

Die Linke. Berlin-Mitte spricht ihre volle Solidarität mit den von Kündigung betroffenen Kolleg\*innen im Jüdischen Krankenhaus Berlin aus und unterstützt die betroffenen Service- und Hilfskräfte in ihrem Bestreben, sich gegen die Kündigung und das Outsourcing im Jüdischen Krankenhaus zur Wehr zu setzen.

Begründung:

Nachdem das jüdische Krankenhaus wiederholt in finanzielle Schwierigkeiten geraten ist, diesmal durch den Senat nur teilweise übernommenen Neubau, kündigte die Geschäftsleitung des Krankenhauses an, die Pflegehilfskräfte und das Servicepersonal des Krankenhauses zu kündigen und diese Dienstleistungen durch einen außenstehenden Dienstleister im Gesundheitsbereich übernehmen zu lassen. Einigen Pflegehilfskräften wurde die Weiterbildung zur Pflegeassistenz angeboten, aber weder ist klar ob dies in einer dualen Ausbildung stattfinden kann, noch ob die zur Weiterbildung bereiten Beschäftigten ihre Arbeitsverträge behalten hätten können. Es ist keine Übernahme durch den neuen Dienstleister geplant. Die Fachkräfte können sich aber beim neuen Dienstleister ganz normal bewerben. Mittlerweile wurden alle 78 Beschäftigten gekündigt. Mindestens 28 von ihnen erheben deshalb eine Kündigungsschutzklage. Das Jüdische Krankenhaus versucht hier auf den Rücken der Beschäftigten seine maroden Finanzen zu sanieren. Es ist zu erwarten, dass die neuen Beschäftigten des Dienstleisters nicht unter den Tarifvertrag fallen werden. Also schlechter bezahlt werden und unter schlechteren Arbeitsbedingungen die Krankenhausfinanzen sanieren sollen. Hier findet also nicht nur Lohndumping und Outsourcing statt, sondern auch Tariffucht durch das Krankenhaus. Also Linke stehen wir für gute Löhne, Tarifverträge und gegen Outsourcing. Auch der Berliner Senat hat hier eine Verantwortung, die Berliner Krankenhäuser ausreichend zu finanzieren, um die öffentliche Gesundheitsfürsorge zu gewährleisten.